

STELLUNGNAHME BUNDESSCHÜLERKONFERENZ

Bundesschülerkonferenz fordert bundesweite Freistellung von Schüler*innen für den Schulstreik am 5. Dezember

Wir machen Druck: Wir rufen alle Schulen dazu auf ihre Schüler*innen für den Schulstreik gegen die Wehrpflicht freizustellen.

Wir erleben täglich, wie **wichtig es für junge Menschen** ist, politische Prozesse nicht nur theoretisch zu lernen, sondern praktisch zu erfahren. Der **Mehrwert** so einer demokratischen Erfahrung ist **weitaus höher, als es der von einem einzelnen Schultag** je sein könnte.

*„Schüler*innen dürfen nicht dafür bestraft werden, für ihre Meinung auf die Straße zuziehen! Das Recht, die eigene Meinung öffentlich zu vertreten, ist ein Kernbestandteil unserer Demokratie.“ - Amy Kirchhoff, Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz (BSK)*

Politische Bildung findet nicht ausschließlich im Klassenraum statt. Demokratische Selbstwirksamkeit entsteht oft erst dann, wenn **junge Menschen aktiv am öffentlichen Diskurs teilnehmen, Verantwortung übernehmen und sich mit ihren Positionen sichtbar machen.**

*„Ob man den Streik unterstützt oder nicht, spielt für die Frage der Freistellung keine Rolle“, so Kirchhoff weiter. „Uns geht es nicht darum, Schüler*innen in eine bestimmte Richtung zu lenken. Uns geht es darum, dass junge Menschen ihr verfassungsmäßiges Recht auf Versammlungsfreiheit ausüben können. Sicher, legitim und ohne schulische Nachteile.“*

Gesellschaftliches Engagement ist bereits in jungen Jahren ein wichtiger Bestandteil demokratischer Kultur. Die Teilnahme an Demonstrationen, Kundgebungen oder politischen Aktionen kann entscheidend dazu beitragen, **langfristig politisches Interesse und Verantwortungsbewusstsein zu stärken.**

Die **Bundesschülerkonferenz** appelliert daher an Schulen und Bildungsverwaltungen in allen Bundesländern, klare und einheitliche Regelungen zu schaffen, die eine **unkomplizierte Freistellung für den 5. Dezember ermöglichen.**

Dabei bezieht die BSK **keine Position zur Wehrpflicht selbst.**